

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Ab. Hirsch, Hofflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Gce.,
Otto Kießl, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
i. V. J. Hirschfeld
in Posen.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
K. Pöse, Hasenstein & Vogler A. G.
G. L. Daube & Co., Invalidenstr.

Verantwortlich für den
Inseratenheft:
J. Klugkist
in Posen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Nr. 370

Die "Posener Zeitung" erscheint wöchentlich drei Mal,
an Sonn- und Feiertage solgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
 ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Montag, 30. Mai.

1892

Inserate, die schrägpalierte Zeitsäule oder deren Raum
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

70. Sitzung vom 28. Mai, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Das Gesetz, betreffend die Ablösung der auf Grund der
Wegeordnung an die Provinz Sachsen zu zahlenden Renten
wird in dritter Lesung angenommen.

Der Nachtragsetat betreffend die Wasserversorgung
des oberhessischen Industriegebietes wird in
zweiter Berathung unverändert nach kurzer Diskussion an-
genommen.

Darauf wird die zweite Berathung betreffend das Dienst-
einkommen der Lehrer an den nichtstaatlichen höheren Lehr-
anstalten fortgelezt.

Nach § 3 hat die bürgerliche Gemeinde die aus den §§ 1 und
2 hervorgehenden Lasten zu tragen.

Die Kommission hat in einem neuen § 8a beantragt, daß
für diejenigen Gemeinden und Körperschaften, welche bei Inkraft-
treten des Gesetzes zur Unterhaltung ihrer höheren Schulen einen
staatlichen Zufluss empfangen, derselbe für die Dauer der Leistungsfähig-
keit entsprechend den aus diesem Gesetz erwachsenden Mehr-
ausgaben erhöht wird.

Ein Antrag v. Schenkendorff zu § 8a will diese
Staatszuschüsse nur gewähren, "falls ein öffentliches Interesse für
die Aufrechterhaltung der betreffenden Schulen vorliegt." Die
Entscheidung, im Falle deren Ablehnung Gründe anzugeben, findet
sich dem Unterrichts- und Finanzminister gemeinsam zu.

Statt dessen will ein zu § 8a gestellter Antrag Nadbyl
den Gemeinden bis zu 25 000 Einwohnern die ihnen aus dem
Gesetz für die bei Inkrafttreten derselben bereits bestehenden
höheren Schulen hervorgehenden Lasten auf ihr Verlangen jährlich
aus der Staatsfazie erlassen.

Abg. v. Schenkendorff (nl.) befürwortet seinen Antrag.

Abg. Nadbyl (Betr.) erklärt die Annahme seines Antrages
für unumgänglich. Man mache sonst in der finanziellen Belastung
der Gemeinden einen Sprung ins Dunkle. Augenblicklich, wo die
Steuererhebung im Fluß sei, könnten die Gemeinden vielfach
noch gar nicht überleben, wie weit sie für Unterhaltung ihrer
Schulen leistungsfähig seien. Der Antrag werde in vielen Fällen
geradezu den Ruin einer Gemeinde oder das Eingehen der Unstalt
verhindern.

Geb.-Rath Germar erklärt den Antrag Nadbyl für unan-
nehmbar; er stehe in direktem Widerspruch mit den fundamentalen
Grundlagen des Gesetzes. Die Regierung könne diesem Antrage
nicht Folge geben. Auch die Annahme des § 8a der Kommission
oder des Antrages von Schenkendorff, der allerdings eine kleine
Verbesserung derselben sei, würde das Zustandekommen des Ge-
setzes auf das Außerste gefährden. Es sei ein im höchsten Grade
bedenklicher Vorgang, die Regierung zur Leistung von Bedürfnisz-
zuschüssen an die Kommunen zu zwingen, gleichviel wie die Lage
der Staatsfinanzen ist. Es liegen nicht die geringsten zwingenden
Gründe vor, einen solchen Weg zu gehen. Dazu kommt, daß den
Gemeinden in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle diese Be-
stimmung gar nichts nützen würde. Es handelt sich doch nur um
die Gemeinden, die bereits einen Staatzzufluss erhalten. Wenn auf
die Regierung ein solcher Zwang geübt wird, wie es die Kommission
will, so wird sie in vielen Fällen entscheiden, daß eine Anstalt,
für die sie sonst den Staatzzuschuß weiter geleistet hätte, nicht mehr
leistungsfähig ist und ihr Fortbestehen nicht mehr im öffentlichen
Interesse liegt.

Zur Debatte wird mitgestellt eine von der Kommission
beantragte Resolution, welche im Falle der Leistungsfähigkeit
der Gemeinden auch für die bisher vom Staat nicht unter-
stützten Lehranstalten in möglichst ausgiebiger Weise Staatszuschüsse
verlangt, die später nur solchen Gemeinden weiter zugewendet wer-
den sollen, für deren höhere Lehranstalten ein öffentliches Interesse
vorhanden ist.

Abg. v. Eynern (nl.) erklärt sich gegen die Resolution, die an
den Staat in bisher unerhörter Weise finanzielle Zumutungen
stelle. Der Begriff der Leistungsfähigkeit einer Gemeinde in
Bezug auf die Unterhaltung einer Schule sei auch ein völlig vager
und würde mit jedem Wechsel in der Person des Unterrichtsministers
wechseln. Ebenso sei es eine sehr heikle Sache mit der Entschei-
dung darüber, welche höheren Schulen im öffentlichen Interesse
liegen. Redner befürchtet, daß man in kleineren Städten oft ein
öffentlichtes Interesse als nicht vorliegend betrachten werde. Aus
diesen Gründen erklärt sich Redner auch gegen den Antrag
von Schenkendorff. Wie sehr die Ansichten der Kultusminister in
solchen Fragen wechseln, bemüht die geistige Erklärung des
Kultusministers, daß er die Vorbildung der späteren Gymnasial-
schüler in der Volksschule der in einer Vorstufe vorzehe. Das
sei ein neuer, aber auch sehr bedeutsamer Grundatz, da in der
Volksschule die sozialdemokratische Agitation sich auch auf die Kinder
der höheren Stände erstrecken könnte.

Redner bringt sodann den Fall zur Sprache, daß ein Ele-
marbeiter in Barmen wegen seiner Agitation gegen das Volksschul-
gesetz, zu der er unzweifelhaft Recht gehabt habe, in eine Ordnungs-
strafe von 50 Mark genommen sei. Was sagt der Kultusminister
dazu?

Kultusminister Dr. Bosse erwidert, daß ihm vom letzterwähnten
Falle nichts bekannt sei. Er werde sich darüber Vortrag halten
lassen, was der Lehrer eigentlich gemacht habe, und werde eventuell
eine Rectifikation der Behörde eintreten lassen.

Was ich über die Volksschulen gesagt habe, halte ich vollkom-
men aufrecht (Abg. Rickert: Bravo!). Ich bin selbst in die Volksschule
gegangen und habe die besten Erfahrungen damit gemacht.
(Beifall links.) Ich werde also die Volksschulen nicht begünstigen,
freilich sie auch nicht einfach überheben (Abg. Rickert:
Schade! Heiterkeit.) Wo kein Bedürfnis vorhanden ist, werde ich
aber keine neuen Vorschulen gründen.

Der Minister bittet ebenso wie Geh. Rath Germar, alle An-
träge abzulehnen, da sie außerst bedenklich seien.

Abg. Dr. Lieber (Btr.) tritt entschieden für den Antrag Nadbyl
sowie für die Resolution ein.

Geh. Rath Germar vertritt den Aussführungen des Vorredners
gegenüber nochmals den Standpunkt des Finanzministers und be-
scheitert das Vorliegen zwingender Gründe für die Anträge.

Abg. Dr. Kroatischek (kon.) erklärt sich im Namen seiner
Partei gegen die Anträge und auch gegen die Resolution. Das was
dieselben beabsichtigten, würde die Regierung auch ohne Zwang thun.
Redner würde am liebsten überhaupt eine Beseitigung aller Staats-
subventionen für die Schulen und eine Neuordnung dieser Ange-
legenheit sehen.

Abg. Rickert (dfr.) erklärt, für den Antrag Nadbyl
stimmen zu wollen, wenn es auch keinen Zweck habe, da das Haus
doch nicht beschlußfähig sei. Redner spricht sodann seine außer-
ordentliche Genugthuung über die Erklärung des Kultusministers
betreffend Volkschulen aus. Ich gratuliere dem Minister dazu und
bedaure nur, daß es sich hier allein um seine persönliche Ansicht,
nicht um den Standpunkt der Regierung handelt. Ich hoffe, daß es
ihm nicht tangieren wird, wenn wirklich einige ziemliche Kreise aus
sogenannten sozialen Rücksichten daran Anteil nehmen, daß die
Kinder aller Berufsstände in der Volksschule zusammenfinden. Ich
rechne es mir zur Ehre an, daß mich mein Vater hat in die Volksschule
gehen lassen. (Unruhe bei den Nationalliberalen.) Ich würde
es für ein Glück halten, wenn wir die Kinder aller Stände zum
Besuch der Volksschule zwingen würden. Mit einem Bundes-
genosse wie dem jetzigen Kultusminister können wir zufrieden sein.
(Beifall links.)

Abg. v. Schenkendorff (nl.) glaubt den polemischen Ton des
Abg. Rickert rügen zu müssen. Redner befürwortet sodann seinen
Antrag und bedauert die schroffe Erklärung des Vertreters des
Finanzministers, die er für durchaus unbegründet hält. Sein
Antrag übe einen Zwang auf die Regierung in seiner Weise aus,
sondern gebe die Entscheidung den Ministern.

Abg. Dr. Meyer (bf.) Der Vorwurf des Abg. v. Schenkendorff
gegen den Abg. Rickert ist unberechtigt. Wir sind doch hier
dazu da, mit einander zu polemieren. Ich fürchte sehr, die Ver-
handlungen des Hauses würden an Interesse verlieren, wenn alle
Redner sich darauf beschränken, zu sagen, jeder sei mit dem ein-
verstanden, was der Vorredner gesagt habe. (Heiterkeit.) Der
Vortrag des Abg. Rickert hat dem Abg. v. Schenkendorff nicht
gefallen. Mir ist es unbekannt, daß die Geschäftsordnung irgend
ein Mitglied des Hauses als Vortragsmeister eingeetzt hat.
(Heiterkeit.)

Redner erklärt sich sodann gegen die Resolution, die völlig
inhaltslos sei. Mit Revolutionen ist für die Parlamente der Weg
zur Hölle gepflastert (Heiterkeit). Auch § 8a schafft nur eine Un-
klarheit, ohne etwas zu nutzen, und der Antrag Schenkendorff
schwägt diejenigen an, die sich schon ziemlich inhaltslosen Paragraphen
noch weiter ab. Wollen wir das Rechtsverhältnis des Staats zu
den Gemeinden und ihren Gymnasien ordnen, dann genügt dieser
dürftige § 8a nicht, dann ist ein ganz umfassendes Gesetz nötig.
Die Sache hat bisher auf der Verwaltungspraxis gestanden. Diese
verspricht jetzt eine Richtung einzunehmen, mit der wir einverstan-
den sind, und damit können wir vorläufig zufrieden sein. Wenn
aber der Regierungskommissär erklärt hat, § 8a gefährdet das ganze
Gesetz, so begreife ich nicht, warum dieses Schutz bei dieser
Gelegenheit aufgefahren werden muß. Dieser Paragraph ist doch
an sich sehr harmlos, und wenn von seiner Ablehnung die Zustim-
mung der Regierung abhängt sollte, so würde ich darin nur eine
Befüllung der von manchen gehabten Annahme finden, daß das
Gesetz im Schoße der Regierung ohnehin Gegner hat. Ich bin
gegen den § 8a, nicht weil ich ihn für bedenklich halte, sondern für
zu harmlos, als daß das Haus sich mit der Annahme eines solchen
Paragraphen zu beschweren brauchte.

Geb.-Rath Germar: Der Finanzminister hat mich zu meiner
Erklärung beauftragt, weil er im Gegenfall zum Vorredner der
Ansicht ist, daß der Paragraph nicht harmlos ist. Unterwarfige
Schlußfolgerungen bitte ich aus meiner Erklärung nicht zu ziehen.
Ein Schlusshandlung wird abgelehnt.

Abg. Dr. Würmeling (Btr.) tritt für den Antrag Nadbyl ein.

Abg. v. Eynern (nl.): Der Minister beruft sich darauf, daß
er selbst in die Volksschule gegangen. Ich auch, denn damals exi-
stierten gar keine Vorschulen. Ich habe aber in der Volksschule
keine guten Erfahrungen gemacht. (Burk: Das liegt eben an
Ihnen! Heiterkeit.) Möge Abg. Rickert seine Agitation gegen die
fortschrittliche Verwaltung der Stadt Berlin richten, welche an
allen höheren Schulen Vorschulen errichtet hat.

Die Debatte wird geschlossen.

Abg. Rickert (persönlich): Von einer fortschrittlichen Agitation
kann in dieser Frage nicht die Rede sein. Der Kultusminister ist
ja mit uns. Eine agitatorische Wendung wird allein durch den
Abg. v. Eynern in die Sache gebracht.

Darauf wird § 8a sowie die Anträge Nadbyl und von
Schenkendorff und auch die Resolution mit großer
Mehrheit abgelehnt und § 3 nach der Regierungsvor-
lage angenommen.

§ 4 wird debattelos angenommen.

Nach § 5 können die Gemeinden das Diensteinkommen der
Lehrer an ihren Anstalten auch über die Vorschriften des Gesetzes
hinaus aufzubessern.

Abg. Dr. Lieber spricht seine Bewunderung aus, daß es der
Aufmerksamkeit der Kommission entgangen sei, daß hier das Prinzip
der Gleichheit verletzt werde.

Abg. Dr. Meyer: Es sollen nicht die staatlichen und kommu-
nalen Anstalten absolut gleichgestellt werden, sondern das Gesetz
will ein Minimum von Bezeugen für die Lehrer an den höheren
Lehranstalten festsetzen. Die Kommission hat das für zu selbstver-
ständlich erachtet, um darüber ein Wort zu verlieren. Die Be-
wunderung, welche Abg. Lieber uns zollt, stecke ich mit Be-
friedigung ein, habe sie aber nicht verdient. (Heiterkeit.)

§ 5 wird angenommen, ebenso § 6.

§ 7 der Regierungsvorlage befugt den Unterrichtsminister, das
Schulgeld an den nichtstaatlichen höheren Unterrichtsanstalten in
derselben Höhe festzusetzen, wie es bei den staatlichen Schulen der
entsprechenden Art zur Hebung gelangt.

Die Kommission hat die Worte hinzugefügt: "soweit staat-
liche Zuschüsse erforderlich werden."

Die Abg. Cahensly (Btr.), Rintelen (Btr.) und Dr. Lieber
(Btr.) sprechen sich für Streichung des ganzen § 7 aus, weil sie
dem Unterrichtsminister keine so große Vollmacht geben wollen.
Auf keinen Fall dürfe man über den Kommissionsbeschluß hinaus-
gehen.

Geb. Rath Germar befürwortet die Regierungsvorlage, Abg.
Seiffhardt (Magdeburg, nl.) den Kommissionsantrag.

§ 7 wird in der Kommissionssatzung angenommen.
Bei § 8, welcher die Schulen aufzählt, die als höhere Schulen
im Sinne des Gesetzes gelten sollen, regt

Abg. Frhr. v. Leditz (frt.) an, auch die Lehrer an den Land-
wirtschaftsschulen in das Gesetz hineinzuziehen.

Geb. Rath Dr. Thiel gibt die Erklärung ab, daß es nur aus
äußersten Gründen bisher nicht möglich gewesen sei, die Lehrer an
den Landwirtschaftsschulen in das Gesetz hineinzubringen. Er
hofft aber, daß es möglich sein werde, auch ihnen bei Inkrafttreten
des Gesetzes die höheren Bezüge zu Theil werden zu lassen.

Der Rest des Gesetzes wird nach der Kommissionssatzung
erledigt, ebenso ein vom Abg. Dr. Kroatischek unter Unter-
stützung von Mitgliedern aller Parteien beantragter § 8b, ange-
nommen, wonach bei Umwandlung einer höheren Schule in eine
mit anderen Berechtigungen die Leiter und Lehrer derselben nicht
die Befugnis haben, aus ihrem Amte auszuscheiden, jedoch ihr
altes Diensteinkommen weiter zu beziehen.

Damit ist die zweite Berathung der Vorlage erledigt.

Darauf vertrat er sich das Haus.
Nächste Sitzung: Montag, 12 Uhr (Militärarbeitergesetz).
Schluß 3½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 29. Mai. Max von Forckenbeck wird
kein katholisch-kirchliches Begräbnis erhalten. Gestern
war die katholische Geistlichkeit Berlins beisammen, um zu be-
rathen, ob die Beerdigung auf einem katholischen Kirchhof und
unter Mitwirkung eines katholischen Priesters erlaubt oder ver-
weigert werden solle. Man wurde nicht einig. Es wurde auch
umgefragt, ob Forckenbeck sonntäglich die Messe besuchte und
ob er die österliche Kommunion empfing. In beiden Bezie-
hungen war die Auskunft verneindet. Die "Germania" hatte
schon am Freitag Abend gesagt, Forckenbeck sei seinem katholischen
Bekenntnis nicht treu geblieben, ja er habe dem staatlichen
Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten angehört und als
dessen Mitglied bei der Absezung von Bischofs mitgewirkt.
Gestern Abend wußte die "Germania" noch nicht, wie die Ent-
scheidung der Geistlichkeit ausfallen würde. Sie schrieb: "Da
der verstorbene Oberbürgermeister sich vom kirchlichen Leben
gänzlich ferngehalten und auch während seiner Krankheit in
keiner Weise den Wunsch nach den Heilmitteln der Kirche zum
Ausdruck gebracht hat, müßte nach kirchlicher Sichtung
die nachgesuchte kirchliche Beerdigung abgelehnt werden."
An diesem Satze sind das Interessanteste die beiden Pünktchen
über dem Worte in "müßte". Die "Germania" wählte den
Konjunktiv, weil die Entscheidung ihr fraglich war. Mit den
Satzungen ist es nämlich so eine Sache. Sie werden manch-
mal angewandt und manchmal nicht, je nachdem es klug und
opportunität dünkt. Man erinnert sich z. B. wohl noch an die
kirchliche Beerdigung des Kronprinzen Rudolf von Österreich,
die unter allem kirchlichen Pompa stattfand, während Selbst-
mördern gemeinen Standes die kirchliche Beerdigung veragt
wird. Bis gestern Abend glaubte Niemand, daß die Geistlichkeit
die Unklugheit begehen werde, Herrn v. Forckenbeck das kirchliche
Begräbnis zu verweigern. Da erschien am Spätabend ein Telegramm,
welches meldete, daß Fürstbischof Kopp auf Anfrage des
Propstes Jahn des katholischen Geistlichkeit Berlins unter-
sagt habe, sich an der Leichenfeier für den Oberbürgermeister von
Forckenbeck zu beteiligen und die Bestattung auf den katholischen
Kirchhofen zu zulassen. Die Absezung wird be-
gründet mit der früheren Stellung Forckenbecks als Mitglied
des katholischen Gerichtshofes. Wie verhält es sich nun hier-
mit? Bereits früher, als dieser Gerichtshof noch bestand,
hatte die "Germania" dem Katholiken von Forckenbeck den-
selben Vornam gemacht. Forckenbeck ließ erwideren, daß er an
den Sitzungen des Gerichtshofes nur teilgenommen habe,
wenn die Absezung eines Bischofs beantragt gewesen sei,
und dann, um gegen den Antrag zu sprechen und zu stimmen.
Es entspricht also nicht der geschichtlichen Wahrheit, wenn
die "Germania" sagt, daß Forckenbeck bei der Absezung von
Bischof mitgewirkt habe. Nun mag gesagt werden,
daß Forckenbeck auch nicht zu dem Zwecke dem Gerichtshof
angehören durfte, um zu versuchen, die Absezung von
Bischof zu verhindern. Dem gegenüber wollen wir daran
erinnern, daß der nachherige Zentrumsabgeordnete Kaufmann
als Oberbürgermeister von Bonn sich zur Ausführung der
Maigesetze verpflichtete. Auch bei einer anderen Gelegenheit
ver

Fordenbeck auf Verdächtigungen seines Katholizismus, und in der That ist der Verstorbene unter seinen Bekannten immer für einen gläubigen Katholiken gehalten worden. Aber er war nicht ultramontan. Und die ultramontane Partei ist auf keine andere Sorte von Menschen so böse, wie auf solche Nicht-ultramontane, die Katholiken bleiben und als solche ein Beispiel geben, wie man gläubig katholisch und dabei doch Liberaler und Anhänger des Rechtsstaates sein kann. Mit der Verzagung des kirchlichen Begräbnisses für Max von Fordenbeck hat die Geistlichkeit eine Unklugheit begangen, und im Zentrum giebt es Leute, die es gern sehen würden, wenn die Entscheidung im letzten Augenblick noch zurückgenommen und abgeändert werden könnte. Aber es wird nicht geschehen.

— Der Magistrat und die Stadtverordneten Berlins haben folgenden Nachruf für den verstorbenen Oberbürgermeister veröffentlicht:

Unser Oberbürgermeister Herr Dr. Marx von Hordenbeck ward am 26. Mai abberufen aus umfassendem Wirken. Glückliche Erfolge, gedankenreiche Pläne begleiteten ihn bis an den Rand des Grabes. Seinen Namen verewigt die Geschichte der großen deutschen Zeit. Trauer erfüllt unsere Stadt, denn zu uns kam der Verklärte ein hochangesehener Meister auf dem Gebiet der Selbstverwaltung, geschieden ist er ein wahrhaft geliebtes städtisches Oberhaupt. Fast vierzehn Jahre hindurch hat er die Harmonie der Gemeinde-Behörden mit offenem Herzen und bewunderungswürdigem Geschick gefördert und so der mächtig einberückstreichenden Entwicklung der Stadt den sichersten Boden bewahrt. Von der Höhe seiner Gesichtspunkte aus ließ er nieblos den Mitarbeitern Raum zur Bewährung; ruhig erwägend bahnte er im Kampfe der Meinungen neuen Schöpfungen den Weg; wo die Förderung der Verkehrsanstalten, wo weitgreifende Pläne die großen Linien des Haushalts änderten, setzte er ein mit eigener, umsichtiger Arbeit, wo Liebeswerke und Bildungsbestrebungen Opfer heischten, nahm er idealen Sinnes die Führung. Unser Dank folgt ihm nach, und wehmuththa luchen wir Trost in der Hoffnung, daß das Staats-

und wehmuthig suchen wir Trost in der Hoffnung, daß des Staatsbürgers niemals wanfende Treue, des Politikers Festigkeit, des Vorgesetzten Humanität, des Freundes Liebenswürdigkeit, daß des Entschlafenen hoher Sinn fortwirkend lebe unter uns und vorbildlich walte unter denen, die uns folgen werden.

— Die Kaiserin Friedr. hat der Schwester des Oberbürgermeisters v. Forckenbeck bereits am Freitag früh ihre Theilnahme in einem herzlichen Telegramm zu erkennen gegeben. Der Reichskanzler Graf v. Caprivi hat in einem überaus herzlichen, an den Geichts-Assessor v. Forckenbeck gerichteten Schreiben demselben seine Theinahme an dem Hinscheiden des Oberbürgermeisters v. Forckenbeck zum Ausdruck gebracht. In gleich wohlthuender Weise sind den Hinterbliebenen theilnehmende Schreiber des Oberpräsidenten Dr. v. Achenthal, des Vizepräsidenten des Staatsministeriums Dr. v. Bötticher und vieler anderer hochgestellter Persönlichkeiten zugekommen.

— Kaiser Wilhelm tritt seine Nordlandreise am 29. Juni von Kiel aus auf der „Hohenzollern“ an. Letztere wird begleitet von dem Panzer „Siegfried“ und dem Transporthafen „Pelikan“. Die Dauer der Reise ist auf fünf Wochen angesetzt.

— In einem anscheinend offiziösen Artikel bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“ zu dem Nancher Turnfeste unter anderem:

"Die französische Regierung hat seit geraumer Zeit ihre friedliche Haltung an allen denjenigen Orten und bei denjenigen Gelegenheiten unzweideutig dargethan, welche allgemein als die zu derartigen Kundgebungen geeigneten betrachtet werden. Schwerlich aber dürfte einem ernsthaften Menschen eingefallen sein, daß Herr Carnot ein Turnfest in Nancy oder anderswo dazu aussersehen könnte, um ein Abweichen von der bisher innegehaltenen Linie zu markiren. Sollte es dagegen wirklich vorkommen, daß von jungen Leuten inter pocula etwas geäußert würde, was gegen die Haltung der berufenen Vertreter der Republik verstieße, so weiß man in Deutschland ebenso gut wie anderswo, daß Worte zu werthen sind nach der Bedeutung dessen, der sie spricht."

— Die für Montag anberaumte erste Sitzung in Sache der Weltausstellung in Berlin ist in Folge der Beisezungsfeierlichkeiten für den Ober-Bürgermeister v. Forckenbeck auf Mittwoch, den 1. Junt, versetzt worden.

— In der am Freitag abgehaltenen Sitzung des konser-
vativen Elfer-Ausschusses, zu der alle Mitglieder
erschienen waren, hat der Kreuzzellungsflügel, wie zu erwarten
war, in der Personenfrage, in der die Vertreter der konservativen
Fraktionen des Abgeordnetenhaus und des Herrenhauses gebun-
dene Marschrouten hatten, gesiegt, während er in der sachlichen
Frage unterlegen ist. Den Vorstoss führte Herr v. Heldorff-
Wedra. Er widmete zunächst Herrn von Kleist-Retzow einen

W e b r a . Et wünschte zunächst Herrn von Lebeck-Meggendorf einen Nachruf. Dann beantragte Herr von Rauchhaupt Neuwahl des geschäftsführenden Ausschusses, indem er für sich und Herrn von Lebeck die Mitgliedschaft in demselben niederlegte. Gleichzeitig beantragte er den Ausschluß jeder Diskussion über diese Neuwahl, und als dieser Antrag von der Mehrheit des Ausschusses angenommen worden war, legte auch Herr von Hellendorff seine Stellung als Vorsitzender und Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses nieder. In der Neuwahl wurde nunmehr Freiherr von Manteuffel-Kroessen zum Vorsitzenden, Herr von Rauchhaupt und Graf Mirbach zu Mitgliedern dieses Ausschusses erwählt. Dann wurde über die Frage berathen, ob ein neues Programm aufgestellt und wie darin zur J u d e n - f r a g e Stellung genommen werden solle. Die Mehrheit des Elser-Ausschusses beschloß indeß, zur Zeit eine Programmänderung abzulehnen und die endgültige Entscheidung bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages zu vertagen. Herr von Hellendorff bleibt selbstverständlich Mitglied des Elser-Ausschusses. Die gegen ihn persönlich ausgefallene Entscheidung bedeutet eine scharfe Stellungnahme gegenüber der Haltung des Königs in der Schulfrage, da

nahme gegenüber der Haltung des Königs in der Schulfrage, da Herr v. Helldorff der hervorragendste konservative Abgeordnete gewesen ist, der eine Vermittelung mit den Mittelparteien in der Schulfrage angestrebt hat.

— Der „Kreuzztg.“ zufolge hat der frühere Kultusminister Graf Biedlitz gleich Herrn v. Hammerstein die ihm angebotene Kandidatur zum Reichstag im Wahlkreise Herford-Halle an Stelle des verstorbenen Herrn v. Kleist-Reckow abgelehnt. Eine konservative Zentrumsmänner-Versammlung sollte gestern über den aufzustellenden Kandidaten Beschluß fassen. Die „Nat.-Ztg.“ kündigt an, daß die nationalliberale Partei den Kampf um den Wahl-

Kreis aufnehmen werde
Insterburg, 27. Mai. Betreffs der gemeldeten Nichtbestätigung des freiwilligen Landschaftsraths Maul zum Kreisdeputirten steht heute die "Inst. Btg." mit, daß eine offizielle Nachricht noch nicht vorliege, doch scheine an der Richtigkeit der Nachricht kein Zweifel zu bestehen. Hoffentlich wird die Sache

weiter verfolgt werden.

Karlsruhe, 28. Mai. Die zweite Kammer hat den Antrag der Zentrumspartei betreffend die Zulassung religiöser Orden mit 31 gegen 28 Stimmen abgelehnt.

München, 28. Mai. In dem heute in den Kammern verlesenen Landtagsschluß wurde für eine künftige Reichs-

Militär-Strafprozeßordnung thunlichste Verücksichtigung der bayerischen Einrichtungen, insoweit sich dieselben bewährt haben, zugesichert.

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Berlin, 28. Mai. Die Handelskommision des Herrn
hause hat gestern den Gesetzentwurf betr. die Abänderung der
Berggesetze es unverändert nach den Beschlüssen des Abgeord-
netenhauses angenommen.

L. C. Berlin., 28. Mai. Das Abgeordnetenhaus wird sich nächsten Dienstag (31. Mai) bis zum 9. (oder 13.) Juni das Herrenhaus nächstens Donnerstag (2. Juni) bis zum 9. Juni vertagen. Den neuesten Dispositionen zufolge bleibt, nach Verständigung mit der Regierung, die zweite und dritte Berathung des Tertiärbahngesetzes im Abgeordnetenhouse bis nach Pfingsten verschoben.

Befund und über etwa vorgefundene Mängel an den Vorstand der revidirten Kasse und an den Vorstand des Sparkassen-Verbandes Bericht zu erstatten. Letzterer hat diesen Bericht dem Präsidenten derjenigen Regierung, in deren Bezirk die revidirte Kasse liegt, einzureichen"; ferner im 3. Absage hinter den Worten "jährlich 5 M." einzufüralten "mindestens aber 20 M." Redner betont auch seinerseits die Vortheile, welche die Anstellung eines Verbandsrevisors zeitigen werde, und führt dann aus, er sei der Meinung, daß die Genehmigung des Reiseplanes für den Revisor gar nicht in das Statut geböre, da die Thätigkeit des Revisors, als einer freigewählten Revisioninstanz, der behördlichen Genehmigung nicht bedürfe. Der in dem Antrage angewendete Ausdruck "Geschäftsgebührung" sei wohl nicht gut gewählt, insofern sie leicht zu Mißdeutungen Anlaß geben könne. Ferner meine er, es verstehe sich wohl von selbst, daß nicht die eigentliche Kassenverwaltung, sondern die Kasse selbst revidirt werden solle. Aus diesem Grunde möge der Revisor auch gehalten sein, seine Ausstellungen zunächst dem Vorstande der revidirten Kasse mitzuteilen. Redner begründet schließlich den Vorschlag, 20 Mark Minimalsatz einzuführen und bittet, den Antrag in der so veränderten Weise anzunehmen.

Die Kreissparkasse Dobornik stellt durch ihren Vertreter, Mühlensitzer Daßlmann in folgenden Antrag: „Unter Ablehnung des Antrages Schmiegel nachstehenden Beschluß zu fassen: „Der Verband stellt einen oder mehrere technisch geschulte Revisoren an, durch welche den Mitgliedern die Gelegenheit geboten wird, ihre Kassen nach ihrer Wahl derartig revidieren zu lassen, daß die Revisionsbemerkungen den Gemeindevertretungen zur Entlastung der Rendanten vorgelegt werden können. Die Sparkassen, welche die Revisionen durch den Verbandsrevisor vornehmen lassen wollen, sind verpflichtet, bis zu einem vom Vorstande festzusezenden Termine demselben darüber jährlich eine Anzeige zukommen zu lassen. Die Kosten, welche durch die Revisionen entstehen, werden nach Verhältniß der Einslagen unter die Sparkassen vertheilt, welche sich bereit erklärt haben, eine Revision durch die Verbandsrevisoren vornehmen zu lassen.“

Herr Kreissekretär W a l e w s k i - Kempen bittet, die Revisionsperiode nicht auf 3, sondern auf 2 Jahre zu bemessen.

Landrath von Bodden-Zillehne ist der Meinung, daß der Antrag Schmiegel, wie er hier vorliege, über die Zwecke der einzuführenden Revisionsinstanz hinausgehe. Er schlage darum folgende Fassung vor: Der Verband stellt einen oder mehrere technisch geschulte Revisoren an, welche in regelmäßigen Perioden eine Revision der Kassen "im Auftrage des Kuratoriums" vornehmen und diesem über den Befund Bericht erstatten. Der Verbandsvorstand "entwirft" für die Revisoren eine Anweisung, welche der Generalversammlung zur Genehmigung vorgelegt wird. Redner vertritt die Ansicht, daß eine Kasse durch den Verbandsrevisor nicht im Auftrag des Vorstandes, sondern des Kuratoriums revisiert werden solle. Er erblicke in dem Revisor nicht eine Aufsichtsbehörde der Kassen, wie sie in dem Regierungspräsidenten bereits gegeben sei, sondern eine Hilfskraft für das Kuratorium. In diesem Sinne betrachte er seinen Antrag als einen Vermittelungsvorschlag zwischen dem Antrage Schmiegel und demjenigen der Sparkasse Dobrohl. Der Verband werde nur gedeihen können, wenn man dafür sorge, daß ihm Kompetenzstreitigkeiten fern bleibten. Möge man daher für die Revisionen Formen finden, welche eine Förderung des Verbandes gewährleisten.

Stadtrath Böder-Gneisen bezweifelt, ob dem Verwaltungsrathe das Recht zustehe, seine Verpflichtung der Revisionen auf irgend eine andere Person zu übertragen. Dass der jährliche Reiseplan des Revisors durch den Regierungspräsidenten genehmigt werde, schließe noch nicht die Befugnis ein, dass dem Revisor die Rechte des Verwaltungsraths zuständen. An den nöthigen Revisionen habe es den Kassen auch bisher nicht gefehlt, aber ob dieselben immer gründlich und sachgemäß gehandhabt wurden, sei eine andere Frage. Er begrüße daher einen sachgemäßen Revisor mit Freuden, halte aber für erforderlich, nicht nur die Kasse als solche, sondern auch die Tätigkeit des Verwaltungsrathes zu revidiren. Wer ein reines Gewissen habe, brauche eine eingehende Prüfung seiner Geschäftstätigkeit nicht zu scheuen, weder der Rendant noch der Verwaltungsrath. Er würde der Anstellung von Verbandsrevisoren nur dann zustimmen können, wenn ihnen sämtliche Befugnisse, die zu einer gründlichen Revision erforderlich seien, eingeräumt würden, mithin nicht nur die Revision der Kasse, sondern auch diejenige der Thätigkeit des Verwaltungsrathes.

auch dienige der Thätigkeit des Verwaltungsrathes.
Herr Stadtrath Kantorowicz-Posen befürwortet die von
der Sparkasse Posen eingebrochenen Ämendements. Insbesondere
halte er für nothwendig, daß dem Verbandsvorstande von den
Ausstellungen des Revisors Kenntnis gegeben werde, da derselbe
die Berechtigung und Verpflichtung habe, die Kuratorien der Mit-
gliedskassen auf die Mängel, die etwa in ihrer Verwaltung be-
stehen, aufmerksam zu machen. Den Bericht an den Regierungsp-
räsidenten halte er für unerlässlich, damit dieser sehe, daß der
neu gegründete Sparkassen-Verband nicht bloß eine äußere Form
sei, sondern sich auch bestrebe, die Verhältnisse seiner Mitglieder-
kassen nach Möglichkeit zu verbessern.

Regierungsrath Dirksen, Vertreter des Regierungspräsidenten, führt aus: Es werde bekannt sein, daß der Herr Regierungspräsident auf die Anstellung eines technisch geschulten Buchrevisors großes Gewicht lege. Da sich nun in dieser Frage zwei verschiedene Ansichten gegenüberständen, die sich ohne Weiteres nicht vereinigen ließen, stelle er anheim, diese Frage heute überhaupt zu vertagen. Ferner meine er, daß man allen diesen Schwierigkeiten aus dem Wege gehen werde, wenn man sich den Standpunkt des Antrages Schmiegel zu eigen mache; denn derselbe vermeide die hier aufgeworfenen Zweifel. Eine Theilung der Befugnisse des Revisors und des Verwaltungsrathes erscheine schon aus praktischen Gründen empfehlenswerth. Deshalb erachte er es für zweckmäßig, wenn der Verbandsrevisor sich auf die Kontrolle der Bücher einer Sparkasse und der Kontrolleur des Regierungspräsidenten sich auf diejenige der Thätigkeit des Verwaltungsrathes bechränke.

Regierungs-Assessor Schmelzer-Schroda bringt folgende
Amendements der Kreissparkasse Schroda ein: 1. Der erste
Satz des Absatzes 2 ist zu fassen: „Die Revision umfaßt das
ganze Gebiet des Kassen- und Rechnungswesens, sowie der Buch-
führung. Die Geschäftsführung der Verwaltung (des Kurato-
riums u.) ist von der Revision ausgeschlossen.“ Darnach ist 2.
als neuer Satz einzuschließen: „Das Ergebniß der Revision ist
in ein vom Rechnungsführer mit zu vollziehendes Protokoll auf-
zunehmen, welches durch Vermittelung des Verbands-Borstandes
dem Sparkassen-Kuratorium mitgetheilt wird. Entwäge auf Ab-
änderung der bestehenden Einrichtungen des Kassen-, Buch- und
Rechnungswesens gerichtete Vorschläge sind nicht in das Protokoll,
sondern in einen Beilegericht aufzunehmen.“

Herr Landrat v. Bodden-Flethne unterstützt diesen Antrag, bittet aber die ganze Frage zu vertagen, wenn der Antrag keine Aussicht haben sollte, angenommen zu werden.

Erster Bürgermeister Wittig: Der Sparkassenverband sei weit entfernt davon, irgend jemand die ihm zustehenden Kompetenzen fürzen zu wollen. Diese Befürchtung, wenn sie vorhanden sein sollte, sei eine ganz unbegründete. Vielleicht komme man über die Schwierigkeiten, die sich ergeben hätten, hinweg, wenn eine Resolution angenommen werde, welche die Einführung von Revisionen durch geschulte Revisoren für durchaus wünschenswerth und nothwendig erläre, und zweitens festzege, daß sie innerhalb eines bestimmten Turnus erfolgen müssten und endlich, daß der Vorstand

erjutzt werde, im Einverständnis mit den einzelnen Kassen einer späteren General-Versammlung Vorschläge zu machen. Er schlage diese Resolution vor und bitte um möglichst einstimmige Annahme.

Bürgermeister Weisse-Rosagen erklärt sich gegen eine Vertragung dieser Sache und bittet, die Frage der Revisionsverpflichtung schon heute endgültig zu erledigen.

Herr Beigeordneter Krause-Wollstein bittet im Interesse des Verbandes diese Sache heute von der Tagesordnung abzusegen. Die Sparkasse Wollstein wünscht möglichst strenge Revisionen, welche fortlaufend alle Jahre wiederkehren, damit die Revisionen durch die königliche Regierung ganz entbehrlich würden.

Herr Landrat Seidel-Schmiegel empfiehlt, die Versammlung möge sich generell dahin aussprechen, daß technisch geschulte Revisoren anzustellen seien, im Übrigen aber den Vorstand ersuchen, sich mit den einzelnen Sparkassen ins Einvernehmen zu setzen und der nächsten General-Versammlung entsprechende Vorschläge zu machen.

Erster Bürgermeister Witting schlägt nunmehr vor, einen neuen § 8 in das Statut einzufügen, welcher lautet: „Der Vorstand stellt einen oder mehrere technisch geschulte Revisoren an, durch welche sämtliche Mitglieder-Kassen im Auftrage des Kuratoriums revidiert werden. Die näheren Ausführungsbestimmungen erlässt mit Zustimmung der General-Versammlung der Vorstand.“ Dieser Paragraph wird mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Hierauf werden die Wahlen in den Vorstand vollzogen. Als Vertreter städtischer Sparkassen werden gewählt die Herren: Erster Bürgermeister Witting-Posen, Bürgermeister Künnzer-Posen, Bürgermeister Spinnagel-Krotoschin; als Vertreter der Kreis-Sparkassen die Herren Landräthe Seidel-Schmiegel, a. D. Böder-Giesen.

Mit Dankesworten schließt hierauf der Vorsitzende die Versammlung um 2 Uhr.

Lokales.

Posen, den 30. Mai.

* Herr Erster Bürgermeister Witting hat sich mit dem Sonntag Nachzuge zur Teilnahme an der Trauerfeier für Herrn von Fordenbeck nach Berlin begeben, um Namens des Magistrats und der Stadtverordneten Posens einen Kranz auf dem Sarge des verstorbenen Oberbürgermeisters der Reichshauptstadt niederzulegen.

Ein ziemlich starkes Gewitter entlud sich gestern, Sonntag, in der fünften Nachmittagsstunde über Posen und der Umgegend und brachte den durch eine viertägige Hochsommerhitze bereits stark ausgedörrten Fluren einen kurzen kräftigen Regen. Nach einer abnormalen Temperatur von reichlich 31 Grad C. tauchte am Südwesthimmel leichtes Gewölk auf, das sich rasch ausdehnte und zu einem kräftigen Gewitter von halbstündiger Dauer entwickelte. Der Regen, anfänglich in ungewöhnlich großen Tropfen fallend, ging bald in einen starken Guß über, der leider nicht lange genug anhielt, um den ausgedörrten Erdboden hinreichend zu feuchten. Immerhin wurden die glühend heißen Straßen und der unerträgliche Staub für den Augenblick etwas abgekühl und befeuchtigt. Die Luftwärme ging während des Regens um mehrere Grade herunter, eine Wirkung der Hagelkörner, mit denen der Regen untermisch war, stieg dann aber wieder erheblich und betrug Abends 10 Uhr, bei lebhafterer Luftbewegung, noch 23 $\frac{1}{2}$ Grad C. Eine dauernde Änderung der Wetterlage scheint noch nicht eingetreten zu wollen.

4. Klasse 186. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 28. Mai 1892. — 11. Tag Vormittag.

Nur die Gewinne über 210 Mark für den betreffenden Nummern in Klammern bezeichnet. (Obne Gewinner.)

17 21 256 58 318 54 95 481 86 689 758 808 1148 99 233 81 (500)

309 405 (500) 536 91 646 714 59 848 248 8002 73 147 62 205 11

357 80 92 416 512 90 99 603 10 783 842 94 (300) 95 917 42 82 4048

68 252 384 417 42 542 78 616 27 90 751 808 34 86 902 5016 51 52

136 44 246 342 639 718 93 801 6045 102 404 593 603 741 90 837

7046 141 222 328 458 617 778 867 991 (3000) 8032 407 815 29 50

(3000) 918 52 9027 97 201 84 302 91 548 784 808 25

10001 23 319 98 99 441 556 608 73 800 947 11012 13 21 37 91

175 80 99 244 (500) 77 350 90 498 (3000) 729 909 12077 80 281 (300)

670 722 909 45 (10000) 13084 89 102 246 53 58 (500) 64 (300) 394

(10000) 457 731 806 1147 85 105 14 642 723 (500) 814 17 75 15027

101 13 65 251 331 40 479 541 69 74 802 903 16081 500 33 719 840

17064 124 68 87 205 392 525 90 736 874 85 959 18002 104 209 45

315 79 88 459 585 645 815 72 922 38 77 86 92 (500) 19019 47 163

383 704 802 50 926 51

20071 232 50 300 2 463 82 545 823 62 956 (3000) 21118 92 840

422 573 617 73 85 949 22184 201 61 369 571 655 705 45 883 88

23126 400 67 (300) 571 80 626 965 24106 95 108 60 62 229 646 68

895 921 23 25 08 236 379 444 697 850 912 70 26107 (500) 51 312

407 24 89 836 936 (10000) 27028 104 98 (500) 205 92 368 437 39 60

748 28100 32 316 (300) 40 422 55 (300) 511 75 721 55 868 993 29018

31 46 117 265 497 (1500) 552 67 235 25 52 56 80 (3000) 89 983 930 62

30248 312 69 542 703 74 800 (500) 76 31006 183 221 (300) 71 82

311 632 92 700 44 32030 280 306 443 60 525 708 23 50 88 33103

38 45 61 76 (300) 81 325 418 83 513 738 73 824 41 56 909 34336 61

54 69 76 89 920 42 (500) 571 80 626 965 24106 95 108 60 62 229 646 68

674 78 91 757 829 88 905 (3000) 36004 51 417 67 536 44 75 810 97

961 69 37065 122 51 246 59 411 (3000) 42 523 89 (3000) 67 623 84

38075 103 248 58 320 544 600 80 773 74 3913 71 78 (500)

207 387 428 89 99 514 52 (3000) 70 80 (300) 648 55 723 99 863 901 99

40089 300 81 594 662 769 41014 49 143 207 301 505 628 42 78

42313 33 98 200 99 371 494 (1500) 508 25 78 650 71 778 823

43113 34 (500) 77 251 351 414 514 649 800 44207 30 73 373 646 48

711 854 (1500) 73 82 4507 383 405 77 501 3 68 644 738 860 88 914

46003 61 85 109 58 88 211 830 4712 223 77 79 351 64 91 440 615

20 79 (500) 710 (500) 845 926 (500) 77 48195 342 43 612 17 (1500)

44 79 (500) 823 984 49047 87 286 378 98 426 77 559 65 623 707 88

836 972

50024 280 820 45 (500) 52 66 89 607 39 68 859 (3000) 67 919 (300)

97 940 69 52082 180 200 27 44 (1500) 83 491 520 64 661 890 920 21

53041 67 182 83 357 506 (500) 79 82 (500) 621 60 704 21 884 953

45 92 104 33 73 397 415 86 500 787 88 (3000) 811 17 56136 444 627

74 82 (3000) 89 726 46 49 57 73 79 893 57113 75 213 97 (3000) 358

69 59066 71 82 157 367 68 70 453 91 (3000) 575 643 73 772 829 84

(1500)

60020 157 88 250 57 314 505 (300) 678 94 707 61007 (500) 19

115 36 341 481 566 616 (3000) 728 814 85 905 92 62174 201 (3000)

27 28 558 783 826 67 964 63110 19 88 289 808 87 88 478 512 730 54

863 909 24 61008 102 57 403 592 677 706 952 72 65033 190 94 673

702 94 904 80 66007 344 61 509 881 (3000) 67413 (1500) 675 828 916

68215 19 34 53 63 67 355 (10000) 82 468 92 589 741 873 81 86

69034 81 188 230 45 90 333 497 692 700 27 77 929

70409 68 114 34 455 65 (300) 90 (500) 525 29 611 66 716 79 (5000)

441 562 859 906 95 73129 286 (500) 379 476 (1500) 521 (3000) 650 701

88 884 74082 368 76 402 26 594 701 76 93 800 991 75198 360 472 503

99 613 43 925 76057 148 207 491 99 512 763 862 97 952 92 77101

206 80 333 428 565 85 734 38 972 78078 142 264 81 384 420 79 505

(500) 12 19 695 782 90 842 998 79211 17 494 518 635 51 743 56

80134 36 635 (500) 925 81159 630 63 74 802 22 90 918 40 82066

288 366 522 89 99 (1500) 730 37 870 905 52 72 83 83103 37 213 (300)

330 453 516 678 847 84 925 63 84057 438 73 86 644 96 721 60 842

85107 50 66 96 98 211 32 56 823 430 52 74 779 839 (300) 65 900 36

86058 169 (500) 97 339 446 734 48 896 87072 (500) 97 143 57 270

357 479 (1500) 554 612 45 718 50 961 (500) 77 85 88164 597 703 943

89164 331 57 64 98 602 (1500) 11 729 46 916

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 28. Mai. Oberbürgermeister Bender, Stadtbaurath Kaumann, Stadtrath Hübler, Stadtoberbaumeister Zuffitz, Rath und Direktor Dr. Friedler werden sich zum Leichenbegängnisse des Oberbürgermeisters v. Fordenbeck nach Berlin begeben.

Bochum, 28. Mai. Redakteur Lunemann und die „Westf. Volksztg.“ wurden in einem von Baare wegen eines Artikels über die Savona-Angelegenheit, in welchem Baare bewußte Lüge, Spekulation u. a. vorgeworfen war, gegen sie angestrebten Bekleidungs-Prozeß kostenlos freigesprochen.

Guben, 28. Mai. Der frühere Schiffer Gustav Lehmann hierselbst tödete seine siebenjährige Mutter und warf nach der Mordthat den Leichnam in den Keller Raum. Der Mörder ist bereits verhaftet.

Wien, 28. Mai. Das Abgeordnetenhaus bewilligte, trotzdem der Finanzminister für die Gewährung von nur 500 000 fl. als Theurerungszulage für die

